

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/083(IV)/09			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 28.05.2009	Ratssaal	14:00Uhr	21:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 82.(IV) Sitzung vom 30.04.09
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5 Beschlussfassung durch den Stadtrat

- 5.1 Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden
- 5.1.1 Eintritt der Landeshauptstadt Magdeburg als Mitglied im Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR) DS0489/08
BE: Oberbürgermeister
WV v. 06.11.08
- 5.1.2 Konzept für die historischen Zeugnisse der Ingenieurbaukunst in Magdeburg DS0386/08
BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
WV v. 06.11.08
(zur Beschlussfassung kommt nur der Beschlusspunkt 3)
- 5.1.3 Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden A0098/09
Verwaltungsausschuss
- 5.1.4 Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden - Zusammenfassung der Ergebnisse der Ausschussberatungen I0098/09
- 5.2 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg DS0106/09
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.3 Vorfahrtsbeschluss für das Konjunkturpaket II DS0173/09
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.3.1 Vorfahrtsbeschluss für das Konjunkturpaket II DS0173/09/
1
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 5.3.2 Vorfahrtsbeschluss für das Konjunkturpaket II DS0173/09/
2
Fraktion DIE LINKE
- 5.3.3 Vorfahrtsbeschluss für das Konjunkturpaket II DS0173/09/
3
CDU - Fraktion

5.4	Darlehen Magdeburger Hafen GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0068/09
5.5	Jahresabschluss 2008 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0102/09
5.6	Jahresabschluss 2008 der Städtische Werke Magdeburg GmbH (SWM) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0185/09
5.7	Jahresabschluss Rumpfgeschäftsjahr 2007 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0136/09
5.8	Jahresabschluss 2008 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0130/09
5.9	Änderung des Gesellschaftsvertrages der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0149/09
5.9.1	Änderung des Gesellschaftsvertrages der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH Oberbürgermeister	DS0149/09/ 1
5.10	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Magdeburg GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0059/09
5.11	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2010 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0115/09
5.11.1	Eckwertebeschluss für den Haushalt 2010 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0115/09/ 1
5.12	Sportförderungsrichtlinien - Stand 2009 BE: Bürgermeister	DS0081/09
5.13	Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Integrationsbeirat BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0067/09

5.13.1	Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Integrationsbeirat Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0067/09/ 1
5.14	Erneute Geltungsbereichsänderung sowie Behandlung der Stellungnahmen zum Entwurf des einfachen Bebauungsplanes Nr. 311-1 "Hohendodeleber Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0046/09
5.15	Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 311-1 "Hohendodeleber Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0047/09
5.16	Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 225-3 "An den Röthen" 1.- 3.- BA zu Gemeindestraßen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0050/09
5.17	Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 242-1A "Elbebahnhof" zu Gemeindestraßen BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0054/09
5.18	Straßenausbau Berliner Chaussee von Ziegelei-Privatweg bis Knoten Ehlegrund, Investitionsprioritätenliste 2009-2012, lfd.Nr. 11 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0088/09
5.18.1	Straßenausbau Berliner Chaussee von Ziegelei-Privatweg bis Knoten Ehlegrund, Investitionsprioritätenliste 2009-2012, lfd.Nr. 11 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0088/09/ 1
5.19	Neufassung der Stellplatzablösesatzung BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0089/09
6	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
6.1	EinBlicke ins Rathaus für Studenten Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 06.11.08	A0211/08
6.1.1	EinBlicke ins Rathaus für Studenten	S0099/09

6.2	Kommunaler Energiebericht Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 22.01.09	A0001/09
6.2.1	Kommunaler Energiebericht Ausschuss UwE	A0001/09/1
6.2.2	Kommunaler Energiebericht	S0054/09
6.3	Umgang mit historischen Funden auf dem Gebiet der Stadt Magdeburg Fraktion DIE LINKE WV v. 26.02.09	A0022/09
6.4	Ausstellung der Domfundstücke in der Landeshauptstadt CDU - Fraktion WV v. 26.02.09	A0031/09
6.4.1	Ausstellung der Domfundstücke in der Landeshauptstadt/Umgang mit historischen Funden auf dem Gebiet der Stadt Magdeburg	S0090/09
6.5	Rechte bei archäologischen Grabungen Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 26.02.09	A0026/09
6.5.1	Rechte bei archäologischen Grabungen Ausschuss KRB	A0026/09/1
6.5.2	Rechte bei archäologischen Grabungen Kulturausschuss	A0026/09/2
6.5.3	Rechte bei archäologischen Grabungen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0026/09/3
6.5.4	Rechte bei archäologischen Grabungen	S0085/09
6.6	Editha im Pavillon FDP - Fraktion WV v. 26.02.09	A0028/09

6.6.1	Editha im Pavillon Interfraktionell	A0028/09/1
6.6.2	Editha im Pavillon	S0086/09
6.7	Erstellung eines Brachflächenkatasters für die Landeshauptstadt Magdeburg Interfraktionell WVv. 26.02.09	A0032/09
6.7.1	Erstellung eines Brachflächenkatasters für die Landeshauptstadt Magdeburg	S0064/09
6.8	Fördermöglichkeiten für den Stadtteil Neu Olvenstedt - Stadtteilmanager SR Krause , Fraktion DIE LINKE WV v. 26.02,09	A0036/09
6.8.1	Fördermöglichkeiten für den Stadtteil Neu Olvenstedt - Stadtteilmanager	S0072/09
6.9	Konzept für die weitere Entwicklung der Feuerwehren der LH Magdeburg Fraktion DIE LINKE WV v. 26.02.09	A0040/09
6.9.1	Konzept für die weitere Entwicklung der Feuerwehren der LH Magdeburg FDP - Fraktion	A0040/09/1
6.9.2	Konzept für die weitere Entwicklung der Feuerwehren der LH Magdeburg	S0083/09
6.10	Mehr Green IT in Magdeburg Fraktion Bündnis90/Die Grünen WV v. 26.03.09	A0064/09
6.10.1	Mehr Green IT in Magdeburg	S0102/09

6.11	Ehrung Ernst Jennrich SPD - Fraktion und CDU - Fraktion WV v. 26.03.09	A0066/09
6.11.1	Ehrung Ernst Jennrich	S0128/09
6.12	"Im Buckauer Engpass" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0106/09
6.13	Betreuung behinderter Arbeitssuchender Interfraktionell	A0107/09
6.14	Kreuzhorst stärker an Nahverkehr anbinden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0109/09
6.15	Magdeburger Seniorenforum Interfraktionell	A0105/09
6.16	Umgang mit architektonischem Erbe der Stadt Magdeburg CDU - Fraktion	A0108/09
6.17	Haltestellen Klinikum Magdeburg gGmbH Interfraktionell	A0112/09
6.18	Prüfung der Errichtung eines Haltepunktes für Reisebusse vor der Tourist-Information Fraktion future! - Die junge Alternative	A0114/09
6.19	Mehrgenerationenspielplatz in Stadtfeld-Ost CDU - Fraktion	A0116/09
6.20	Bewerbung um Germany Travel Mart (GTM) FDP - Fraktion	A0110/09
6.21	Modellversuch Straßenmarkierung gegen den Schilderwald FDP - Fraktion	A0111/09
6.22	Deutscher Städtetag - RGRE FDP - Fraktion	A0113/09

6.23	Tag der Industriekultur 2010 FDP - Fraktion	A0115/09
6.24	Touristische Vermarktung des Schiffshebewerks Rothensee Interfraktionell	A0117/09
6.25	Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Friedhofskapelle Salbke Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0099/09
6.26	Tunnel-Modell Interfraktionell	A0101/09
6.27	Modellprojekt Fahrradverleihsysteme	A0029/09
6.27.1	Modellprojekt Fahrradverleihsysteme	S0133/09
7	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
7.1	Herr Nagel - Hausbesetzung Freie Straße	
8	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9	Informationsvorlagen	
9.1	Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2008	I0060/09
9.2	Jahresbericht 2008 des Seniorenbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg	I0083/09
9.3	Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 31.12.2008	I0051/09

9.4	Einsatz von Ventilwächtern in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0055/09
9.5	Bewirtschaftung von Parkgebieten	I0056/09
9.6	Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg	I0066/09
9.7	Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen stärker als neue Leistungsform nutzen	I0072/09
9.8	Sachstand zur touristischen Entwicklung des Magdeburger Wasserstraßenkreuzes	I0074/09
9.9	Tunnel-Modell	I0075/09
9.10	Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Magdeburg bei der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	I0089/09
9.11	Bewirtschaftungskosten der Gruson-Gewächshäuser prüfen DS0434/08/1	I0088/09
9.12	Zwischeninformation zum Änderungsantrag DS 0450/08/4/1	I0091/09
9.13	Projekt REDIS im EU-Förderprogramm URBACT II	I0094/09

	Nichtöffentliche Sitzung	
10	Anfragen an die Verwaltung	
11	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
11.1	Fortführung des Projekts "Elektronischer Arbeitsplatz für Mandatsträger" in der V. Wahlperiode des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Oberbürgermeister	DS0093/09
11.2	PPP-Schulen, Vergabepaket 3 BE: Oberbürgermeister	DS0062/09
11.3	Modernisierung der Schwimmhalle Diesdorf, Große-Diesdorfer-Straße 104a, 39110 Magdeburg, Vergabe der Planungsleistungen als Gesamtplaner (Maßnahme aus dem Konjunkturpaket II) BE: Oberbürgermeister	DS0212/09
11.4	Personalangelegenheit BE: Oberbürgermeister	DS0126/09
11.4.1	Personalangelegenheit Interfraktionell	DS0126/09/ 1
11.5	Personalangelegenheit BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung	DS0158/09
11.6	Verkauf eines Grundstückes BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0111/09
11.6.1	Verkauf eines Grundstückes Fraktion DIE LINKE	DS0111/09/ 1
11.6.2	Verkauf eines Grundstückes Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0111/09/ 2

11.6.3	ÄA - SR Canehl	
11.7	Verkauf eines Grundstückes BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen WV v. 26.02.09	DS0599/08
11.7.1	Verkauf eines Grundstückes Fraktion DIE LINKE	DS0599/08/ 1
11.7.2	Verkauf eines Grundstückes Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	DS0599/08/ 2
11.8	Kreditermächtigung für Kassenkredite BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0113/09
11.9	Servicegesellschaft Klinikum Magdeburg GmbH BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0143/09
11.10	Änderung des Konzessionsvertrages Gas BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0164/09
11.11	Änderung des Konzessionsvertrages Strom BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0165/09
11.12	Änderung des Konzessionsvertrages Wasser BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0166/09
12	Informationsvorlagen	
12.1	Statusbericht Stadtumbau in der Landeshauptstadt Magdeburg	I0057/09

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge eröffnet die 83.(IV) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträtinnen und Stadträte, Ortsbürgermeister, Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
Zu Beginn anwesend	38	“	“
maximal anwesend	48	“	“
entschuldigt	9	“	“

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge verliest eine gemeinsame Erklärung mit dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal zur Verleihung des Kaiser-Otto-Preises am 07.05.09. (**Anlage 1**)

2. Bestätigung der Tagesordnung

1. Erweiterung der TO

A0029/09 – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Modellprojekt Fahrradverleihsysteme

im Zusammenhang mit der S0133/09

(2/3 Mehrheit angenommen) als TOP **6.27**

2. zurückgezogene TOP

Der TOP 10.7 –

DS0599/08
Verkauf eines Grundstückes

wird von der heutigen Tagesordnung **zurückgezogen**.

3. Hinweise

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Frömert beantragt die Absetzung der DS0111/09 von der Tagesordnung und begründet dies. Da der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper als Einbringer diesem Antrag nicht zustimmt, kündigt Stadträtin Frömert an, die öffentliche Beratung des allgemeinen Teiles zum TOP 10.6 – DS0111/09 zu beantragen.

Zum den TOP 9.1 – I0060/09 und TOP 9.2 – I0083/09 erhalten die jeweils Beauftragten das Rederecht.

Die veränderte Tagesordnung wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 82.(IV) Sitzung vom 30.04.09
-

Hierzu liegt ein Austauschblatt der Seite 75 des Beschlussprotokolls der 82. (IV) Sitzung des Stadtrates vom 30.04.09 vor.

Redaktionelle Änderungen der CDU-Fraktion:

Auf der Seite 7 ist unter 6.8.1 zu ergänzen:

CDU-Fraktion

Auf der Seite 7 muss es unter 6.11 richtig heißen:

Interfraktionell

WV v. 26.02.09

Auf der Seite 36 ist unter 5.16 im 3. Absatz, 2. Zeile nach dem Wort „ist“ einzufügen:

Dabei verwies dieser unter anderem auf die vorhandenen Bürgerproteste in dieser Frage, merkt der

Auf der Seite 49 ist der letzte Absatz wie folgt zu ergänzen:

Dabei merkt er an, dass er der Aufstellung der Figur des Albertus Magnus im Umfeld der Kirche St. Petri befürwortet.

Auf der Seite 51 muss es unter dem Kurztitel zum TOP 6.11 richtig heißen:

Interfraktionell

Das redaktionell geänderte Beschlussprotokoll der 82. (IV) Sitzung des Stadtrates wird einstimmig **bestätigt**.

4. Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
-

Hierzu liegt eine Tischinformation vor.

5. Beschlussfassung durch den Stadtrat
-

- 5.1. Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden
-

Der 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates Herr Danicke übernimmt die Sitzungsleitung.

- | | | |
|--------|---|-----------|
| 5.1.1. | Eintritt der Landeshauptstadt Magdeburg als Mitglied im Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR) | DS0489/08 |
| | BE: Oberbürgermeister | |
| | WV v. 06.11.08 | |
-

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2995-83(IV)09

Der Stadtrat beschließt die Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Magdeburg im Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR).

- 5.1.2. Konzept für die historischen Zeugnisse der Ingenieurbaukunst in Magdeburg DS0386/08
- BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
WV v. 06.11.08
(zur Beschlussfassung kommt nur der Beschlusspunkt 3)
-

Die Beschlusspunkte 1 und 2 der DS0386/08 und der Änderungsantrag DS0386/08/1 des Ausschusses RWB wurden bereits in der Stadtratssitzung am 06.11.08 beschlossen.

Die Ausschüsse K, FG und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Punkt 3 des Beschlussvorschlages der DS0386/08 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 2996-83(IV)09

3. Die Landeshauptstadt Magdeburg tritt dem Verein ERIH (European Route of Industrial Heritage) mit einem Jahresbeitrag in Höhe von 100 € und einer einmaligen Marketingumlage von 500 € bei.

- 5.1.3. Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden A0098/09
- Verwaltungsausschuss
-

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 2997-83(IV)09

Auf der Grundlage der Beratungsergebnisse der Ausschüsse des Stadtrates (siehe I0098/09) empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Stadtrat zu beschließen:

Erklärung des Austritts aus nachfolgenden Vereinen und Verbänden

- Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung
- Architekten- und Ingenieurverein Magdeburg von 1876
- Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt
- Landschaftspflegeverband Kreuzhorst/Klus (Austritt nur, wenn Mitgliedsbeitrag nicht um die Hälfte pro Jahr gesenkt wird)

- 5.1.4. Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden - Zusammenfassung der Ergebnisse der Ausschussberatungen I0098/09
-

Die Information I0098/09 wird zur Kenntnis genommen.

- 5.2. 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg DS0106/09
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
-

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 39 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 2998-83(IV)09

Der Stadtrat beschließt die 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Landeshauptstadt Magdeburg vom 30. April 2007 (Amtsblatt Nr. 13 vom 30. April 2007) gemäß beiliegender Anlage.

5.3. Vorfahrtsbeschluss für das Konjunkturpaket II

DS0173/09

BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine
Verwaltung

Zur Beratung liegen vor:

- Austauschblatt
- Änderungsantrag DS0173/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Änderungsantrag DS0173/09/2 der Fraktion DIE LINKE
- Änderungsantrag DS0173/09/3 der CDU-Fraktion

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper trägt die vorliegenden Änderungsanträge mit, weist aber bezüglich des Änderungsantrages DS0173/09/2 der Fraktion DIE LINKE darauf hin, dass der Termin 25.06.09 für die Vorlage der Liste der projektbezogenen Einzelmaßnahmen eventuell nicht eingehalten werden kann.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, unterstützt im Namen seiner Fraktion grundsätzlich das Vorgehen der Verwaltung. Er regt aber an, dass bei besonders wichtigen Angelegenheiten die Fraktionsvorsitzenden oder ein Mitglied der Fraktion darüber informiert werden.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Frömert begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0173/09/2 und gibt eine redaktionelle Änderung bekannt. (In der ersten Zeile des Beschlusstextes ist das Wort „spätestens“ durch „möglichst“ zu ersetzen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht erläuternd auf die Liste der projektbezogenen Einzelmaßnahmen ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, weist darauf hin, dass der Internetzugang der Laptops im Rathaussaal gestört ist und stellt den GO-Antrag – Unterbrechung der Sitzung.

Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

Im Anschluss schlägt der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge vor, bis zur Funktionsfähigkeit der Technik, die Verhandlungsgegenstände auf die Leinwand zu projizieren.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0173/09/1.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz geht klarstellend auf die Intention der DS0173/09 ein.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0173/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt (Ergänzung im Fettdruck):

Der Oberbürgermeister wird im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpaketes II ermächtigt, alle erforderlichen Eilmaßnahmen zu treffen **und darüber zeitnah in den Ausschüssen FG, BA KGM und StBV zu informieren.**

Gemäß modifizierten Änderungsantrag DS0173/09/2 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext wird wie folgt ergänzt:

Die Liste der projektbezogenen Einzelmaßnahmen ist dem Stadtrat bis möglichst 25.06.2009 zur Bestätigung vorzulegen.

Im Rahmen der bestätigten projektbezogenen Einzelmaßnahmen werden Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters mitgetragen, jedoch um unverzügliche Information über die jeweilige Eilentscheidung an die Fraktionen gebeten.

Nach der Sommerpause empfehlen wir die generelle Einbeziehung des Stadtrates und unterstützen die Arbeit mit verkürzter Beratungsfolge.

Gemäß Änderungsantrag DS0173/09/3 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die Drucksache ist um folgenden Punkt zu ergänzen:

Über die entsprechenden Entscheidungen zu Eilmaßnahmen sind der Finanz- und Grundstücksausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr im Rahmen der entsprechenden Sitzungen regelmäßig zu informieren.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 2999-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpaketes II ermächtigt, alle erforderlichen Eilmaßnahmen zu treffen. treffen und darüber zeitnah in den Ausschüssen FG, BA KGM und StBV zu informieren.

Die Liste der projektbezogenen Einzelmaßnahmen ist dem Stadtrat bis möglichst 25.06.2009 zur Bestätigung vorzulegen.

Im Rahmen der bestätigten projektbezogenen Einzelmaßnahmen werden Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters mitgetragen, jedoch um unverzügliche Information über die jeweilige Eilentscheidung an die Fraktionen gebeten.

Nach der Sommerpause empfehlen wir die generelle Einbeziehung des Stadtrates und unterstützen die Arbeit mit verkürzter Beratungsfolge.

Über die entsprechenden Entscheidungen zu Eilmaßnahmen sind der Finanz- und Grundstücksausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr im Rahmen der entsprechenden Sitzungen regelmäßig zu informieren.

5.4.	Darlehen Magdeburger Hafen GmbH	DS0068/09
	BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3000-83(IV)09

Die Landeshauptstadt Magdeburg verzichtet in Höhe von 140.000,00 EUR auf die Rückzahlung des der Magdeburger Hafen GmbH mit Vertrag vom 08.04./16.04.2002 gewährten Darlehens in Höhe von 3.500.000,00 EUR. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Verzicht gegenüber der Gesellschaft zu erklären.

- 5.5. Jahresabschluss 2008 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) DS0102/09
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3001-83(IV)09

1. Der Stadtrat nimmt den von der Deloitte & Touche GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2008 der Kommunale Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der KID werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss zum 31.12.2008 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 5.620.026,44 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 277.831,66 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 277.831,66 EUR an die Gesellschafterin Landeshauptstadt Magdeburg auszuschütten,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Wandersleb, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen.

- 5.6. Jahresabschluss 2008 der Städtische Werke Magdeburg GmbH DS0185/09
(SWM)
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3002-83(IV)09

1. Der Stadtrat nimmt den von der BDO Deutsche Warentreuhand AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2008 der SWM zur Kenntnis.

2. Der Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der SWM wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2008 der SWM mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 32.710.934,14 EUR festzustellen,
- den Jahresüberschuss in Höhe von 32.710.934,14 EUR vollständig an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Anteile auszuschütten,
- der Geschäftsführung sowie dem Aufsichtsrat der SWM für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen,
- den Konzernabschluss 2008 der SWM zustimmend zur Kenntnis zu nehmen,
- zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 die Commercial Treuhand GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, zu bestellen.

5.7. Jahresabschluss Rumpfgeschäftsjahr 2007 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH DS0136/09
 BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3003-83(IV)09

1. Der Stadtrat nimmt den von der WRG Wirtschaftsberatungs- und Revisionsgesellschaft mbH nach prüferischer Durchsicht bescheinigten Abschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 15.11. bis 31.12.2007 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 2007 festzustellen,
 - den Jahresfehlbetrag des Rumpfgeschäftsjahres 2007 in Höhe von 959,71 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Andreas Brakmann, für das Rumpfgeschäftsjahr 2007 Entlastung zu erteilen.

5.8. Jahresabschluss 2008 der KLINIKUM MAGDEBURG
gemeinnützige GmbH

DS0130/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3004-83(IV)09

1. Der Stadtrat nimmt den von der WRG Wirtschaftsberatungs- und Revisionsgesellschaft mbH geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2008 der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH zur Kenntnis.
2. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg in der Gesellschafterversammlung der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2008 der mit einer Bilanzsumme von 187.658.909,52 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.260.850,77 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 1.260.850,77 EUR mit dem bestehenden Verlustvortrag in Höhe von 959,71 EUR zu verrechnen und den nicht verrechneten Betrag in Höhe von 1.259.891,06 EUR in die Gewinnrücklage einzustellen, davon entfallen 126.085,08 EUR auf die freie Rücklage und 1.133.805,98 EUR auf die Betriebsmittelrücklage.
 - dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Andreas Brakmann, sowie dem Aufsichtsrat der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung zu erteilen,
 - die WRG Wirtschaftsberatungs- und Revisionsgesellschaft mbH zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2009 zu bestellen.

- 5.9. Änderung des Gesellschaftsvertrages der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH DS0149/09
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
-

Hierzu liegt der Änderungsantrag DS0149/09/1 des Oberbürgermeisters vor.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Änderungsantrag DS0149/09/1 des Oberbürgermeisters **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

1. Der Gesellschaftsvertrag der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH wird gemäß Anlage 2 dieser Drucksache und gemäß Änderungsantrag geändert.
2. Die Gesellschaftervertreter der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden beauftragt, alle erforderlichen Beschlüsse zu fassen, die zur Umsetzung der Änderung des Gesellschaftsvertrages gemäß Anlage 2 dieser Drucksache und gemäß Änderungsantrag notwendig sind.

Änderungen in der Anlage 2 (Gesellschaftsvertrag) der Drucksache 0149/09 „Änderung des Gesellschaftsvertrages der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH

1. Neuformulierung in § 2 Abs. 1:

Absatz 1, Sätze 1 und 2 werden neu wie folgt formuliert:

„Das Unternehmen verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Zweck des Unternehmens ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens durch den Betrieb des städtischen Klinikums sowie die Betreibung unmittelbar verbundener Einrichtungen.“

2. Ergänzung in § 3 Abs. 3, Einfügung Satzteil im Satz 1:

Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden, bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert geleisteter Sacheinlagen zurück, *„soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt.“*

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages A0149/09/1 des Oberbürgermeisters einstimmig:

Beschluss-Nr. 3005-83(IV)09

3. Der Gesellschaftsvertrag der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH wird gemäß Anlage 2 dieser Drucksache und gemäß Änderungsantrag geändert.

4. Die Gesellschaftervertreter der KLINIKUM MAGDEBURG gemeinnützige GmbH werden beauftragt, alle erforderlichen Beschlüsse zu fassen, die zur Umsetzung der Änderung des Gesellschaftsvertrages gemäß Anlage 2 dieser Drucksache und gemäß Änderungsantrag notwendig sind.

5.10. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Flughafen Magdeburg GmbH DS0059/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Hierzu liegt ein Austauschblatt vor.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3006-83(IV)09

1. Das Stammkapital der Flughafen Magdeburg GmbH wird nach Umstellung und Glättung auf einen in EUR lautenden Nennbetrag um 34,22 EUR auf 7.822.800,00 EUR erhöht. Die Deckung erfolgt aus der HH-Stelle: 2.03000.345200.5-99 (Rückzahlung Fördermittel aus Vorjahren)
2. Der Gesellschaftsvertrag der Flughafen Magdeburg GmbH wird gemäß Anlage 1 dieser Drucksache geändert.
3. Die Gesellschaftervertreter der Flughafen Magdeburg GmbH werden beauftragt, alle erforderlichen Beschlüsse zu fassen, die zur Umsetzung der Umstellung und Glättung des Stammkapitals auf einen in EUR lautenden Nennbetrag, der Kapitalerhöhung und der Änderung des Gesellschaftsvertrages gemäß Anlage 1 dieser Drucksache notwendig sind.

5.11. Eckwertebeschluss für den Haushalt 2010

DS0115/09

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen zur vorliegenden DS0115/09 Stellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses FG Stadtrat Bromberg nimmt zum vorliegenden Eckwertebeschluss Stellung. Er würdigt die Arbeit bezüglich der positiven Einbringung bei der Planung des Haushalts 2010 und das Bemühen, keine größeren Kostenaufwüchse zu verursachen. Er bittet abschließend um Zustimmung zur Drucksache DS0115/09.

Stadtrat Grünert, Fraktion DIE LINKE, nimmt umfassend zum vorliegenden Eckwertebeschluss für den Haushalt 2010 Stellung und merkt dabei kritisch an, dass keine belastbaren Zahlen vorliegen. Er stellt den GO-Antrag, - Vertagung der Drucksache DS0115/09 bis September 2009.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper spricht sich gegen den GO-Antrag des Stadtrates Grünert, Fraktion DIE LINKE, aus und weist darauf hin, dass die Stadt eine Planungsgrundlage und Eckpfeiler für den Haushalt 2010 braucht.

Stadtrat Bromberg, SPD-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion gegen den GO-Antrag aus.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls gegen den GO-Antrag aus.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern spricht sich im Namen seiner Fraktion ebenfalls gegen den GO-Antrag aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 2 Jastimmen:

Der GO-Antrag des Stadtrates Grünert, Fraktion DIE LIINKE –

Die DS0115/09 wird bis zur September-Sitzung des Stadtrates vertagt –

wird **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion bringt der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal sein Bedauern zum Ausdruck, dass es versäumt wurde, intensiv über den Eckwertebeschluss zu diskutieren.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, merkt an, dass man grundsätzlich den Ausführungen des Stadtrates Grünert, Fraktion DIE LINKE, Recht geben kann, er aber keinen Sinn darin sieht, zum jetzigen Zeitpunkt Vorschläge für den Haushalt 2010 zu unterbreiten.

Stadtrat Grünert, Fraktion DIE LINKE, geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen klarstellend ein. Er gibt dabei zu Protokoll, dass der Innenminister in der Innenausschusssitzung verkündet hat, dass die meisten Gemeinden erst im April beschließen und dann der Datenerlass im November/ Dezember erfolgen kann.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht auf die Intention der vorliegenden Drucksache DS0115/09 ein, die durch den Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann ergänzt wird.

Bezüglich des vorliegenden Änderungsantrages DS0115/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann darum, die Priorität beizubehalten.

Stadtrat Canehl, fraktionslos, unterstützt den Änderungsantrag DS0115/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern plädiert dafür, den Änderungsantrag DS0115/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0115/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit 22 Ja-, 20 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Die auf Seite 2 unter der lfd. Nr. 20 aufgeführte Position „Bau Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee“ ist bis zur Klärung der endgültigen Umsetzung (Entwurfsplanung mit Kostenberechnung) auf Platz 42 zurückzusetzen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0115/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 3007-83(IV)09

1. Der Stadtrat nimmt den Entwurf des Finanzplans gemäß Anlage 1 als Datengrundlage für die Entwicklung des konsumtiven Haushaltes zur Kenntnis.
2. Der Stadtrat legt die Eckwerte der Budgets des konsumtiven Haushaltes gemäß Anlage 2 fest.
3. Der Stadtrat nimmt die Investitionsprioritätenliste, Stand 17.03.2009, gemäß Anlage 4 zur Kenntnis.

4. Der Stadtrat beschließt, dass die Kreditaufnahme für die Jahre 2010 bis 2013 wie folgt begrenzt wird:

0 EUR	für 2010
0 EUR	für 2011
0 EUR	für 2012
0 EUR	für 2013

5.12. Sportförderungsrichtlinien - Stand 2009

DS0081/09

BE: Bürgermeister

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung teil.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch bringt die DS0081/09 ein.

Die Ausschüsse Juhi, BSS und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, bedankt sich für die Umsetzung mit Hinweis auf die gegebene Anregung in der Armutskonferenz und bezeichnet die DS0081/09 für einen kleinen Schritt in die richtige Richtung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, begrüßt ebenfalls im Namen seiner Fraktion die vorliegende DS0081/09. Er stellt sich aber die Frage wie die sozial schwachen Familien erreicht werden sollen und bittet die Verwaltung, den Stadtrat diesbezüglich auf dem Laufenden zu halten.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann vermisst in dieser Frage das Engagement in den Schulen.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3008-83(IV)09

Der Stadtrat beschließt die „Sportförderungsrichtlinien der Landeshauptstadt Magdeburg – Stand 2009“ entsprechend Anlage 1.

5.13. Weiterentwicklung des Ausländerbeirates zum Integrationsbeirat DS0067/09
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

Die Ausschüsse GeSo und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Frömert bedankt sich für die Erarbeitung der DS0067/09. Bezüglich des vorliegenden Änderungsantrages DS0067/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann sie dem Punkt 1 nicht folgen.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet den vorliegenden Änderungsantrag DS0067/09/1.

Stadtrat Ansorge, CDU-Fraktion, verweist in seinen Ausführungen auf die gültige Geschäftsordnung des Stadtrates, die einer demokratischen Arbeit des Stadtrates gerecht wird. Er bittet mit Hinblick auf den Änderungsantrag DS0067/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, keinen Präzedenzfall zu schaffen.

Die Amtsleiterin 50 Frau Borris, in Vertretung des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning, nimmt punktuell zum vorliegenden Änderungsantrag DS0067/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stellung.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, übt Kritik am Umgang mit dem Ausländerbeauftragten und sieht darin eine Beschneidung seiner Funktion durch die Verwaltung. Er stellt klar, dass aus der Sicht des Stadtrates der Ausländerbeauftragte zum Integrationsbeauftragten weiter entwickelt werden muss. Er hält abschließend die vorliegende Drucksache DS0067/09 für nicht zulässig.

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE Stadträtin Frömert merkt bezüglich der Ausführungen der AL 50 Frau Borris in Vertretung des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning an, dass die vorgelegte Drucksache DS0067/09 nicht dem Ansinnen ihres Antrages A0093/08 entspricht. Sie unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und geht weiterhin auf die Aufgabe eines Integrationskoordinator ein. Stadträtin Frömert bittet darum, den Punkt 2 des Änderungsantrages DS0067/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu beschließen.

Nach weiterer umfassender Diskussion zieht der Oberbürgermeisters Herr Dr. Trümper die Drucksache DS0067/09 von der heutigen Tagesordnung **zurück**.

- 5.14. Erneute Geltungsbereichsänderung sowie Behandlung der Stellungnahmen zum Entwurf des einfachen Bebauungsplanes Nr. 311-1 "Hohendodeleber Straße" DS0046/09
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
-

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3009-83(IV)09

1. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 311-1 „Hohendodeleber Straße“ wird erneut geändert. Das Bebauungsplangebiet wird nunmehr wie folgt umgrenzt:

- im Norden durch die Südgrenze der Hohendodeleber Straße,
 - im Osten durch die Ostgrenze der Beimsstraße,
 - im Süden durch die Südgrenze des Flurstückes 6030/1 (Straßenflurstück), die Nordgrenzen der Flurstücke 6014/1 und 6013/4, die Ost-, Nord- und Westgrenze des Flurstückes 6012/5, die Nordgrenzen der Flurstücke 6012/4, 6011/1, 6010/5, 6009/10 und 6009/8, die Westgrenze des Flurstückes 6009/8 sowie die Nordgrenze des Flurstückes 6015,
 - im Westen durch die Westgrenze des Flurstücks 10022, die Nordgrenze der Flurstücke 10022, 10023 und die Verlängerung der Ostgrenze des Flurstücks 10023 nach Norden.
- Alle Flurstücke gehören zur Flur 344.

2. Während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB gingen keine Stellungnahmen von Bürgern ein. Die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB abgegebenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:

Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache (DS0046/09), wird gebilligt.

Zur Behandlung der Stellungnahmen von Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange ergeht folgender Einzelbeschluss:

2.1. DB Services Immobilien GmbH, Niederlassung Leipzig
 Brandenburger Straße 3a
 04103 Leipzig
 Schreiben vom 15.08.2008
 (Abwägungskatalog Teil II, Seite 3)

a) Stellungnahme

Es wird darauf hingewiesen, dass sich auf den Flurstücken 6009/8, 6009/10, 6010/5, 6011/1, 6012/4, 6012/5, 6012/6, 6013/4, 6014/1 (Flur 344) bahnbetriebsnotwendige Anlagen befinden. Diese Flächen sind teilweise Eigentum und teilweise im Besitz der DB Netz AG. Sie sind aus dem Geltungsbereich herauszunehmen.

b) Abwägung

Der Geltungsbereich wurde geändert.

c) Beschlussvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

5.15. Satzung zum einfachen Bebauungsplan Nr. 311-1
"Hohendodeleber Straße"

DS0047/09

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 44 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 3010-83(IV)09

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 3316) und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 05. Oktober 1993 (GVBl. S. 568), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 28.05.09 den einfachen Bebauungsplan Nr. 311-1 „Hohendodeleber Straße“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
2. Die Begründung zum einfachen Bebauungsplan wird gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

- 5.16. Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 225-3 "An den Röthen" DS0050/09
1.-3.- BA zu Gemeindestraßen

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3011-83(IV)09

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung folgender Straßen im B-Plan-Gebiet 225-3 "An den Röthen" – 1.-3. BA zu Gemeindestraßen zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen: Zur Tonkuhle, Mergelweg, Mittelweg (Teilstück), Zechsteinring, Scherbenwinkel, Keuperwinkel, An den Röthen (Teilstück), Granitweg, Basaltweg, Roteisenweg, Sandsteinweg, Kalksteinweg und St.-Laurentius-Weg (Teilstück).

- 5.17. Widmung von Straßen im B-Plan-Gebiet 242-1A "Elbbahnhof" DS0054/09
zu Gemeindestraßen

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht klarstellend auf die Bezeichnung „Elbbahnhof“ ein.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 3012-83(IV)09

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Widmung der Straßen Im Elbbahnhof und Zum Domfelsen im B-Plan-Gebiet 242-1A "Elbbahnhof/ südl. Stadtzentrum Teilbereich A“ zu Gemeindestraßen zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

- 5.18. Straßenausbau Berliner Chaussee von Ziegelei-Privatweg bis Knoten Ehlegrund, Investitionsprioritätenliste 2009-2012, lfd.Nr. 11 DS0088/09
-
- BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse FG und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, befürwortet im Namen seiner Fraktion den zweispurigen Ausbau der Berliner Chaussee. Er bringt den Änderungsantrag DS0088/09/1 ein.

Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, verweist auf die Aussagen der Verwaltung im Ausschuss StBV, dass man nicht von den Regelquerschnitten abrücken wird und bittet darum, den Änderungsantrag DS0088/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern unterstützt die Ausführungen des Stadtrates Czogalla, SPD-Fraktion, auch mit dem Hinweis auf ein erhöhtes Verkehrsaufkommen bei einer Verkehrsumleitung der Autobahn A2.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann hält den Änderungsantrag DS0088/09/1 ebenfalls für kontraproduktiv.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht auf die Verkehrsbelastung der B1 und auf Probleme, die mit dem Fördermittelgeber entstehen wenn dem Änderungsantrag DS0088/09/1 gefolgt wird, ein.

Stadtrat Mirko Stage, Fraktion future! – Die junge Alternative und Stadtrat Canehl, fraktionslos, argumentieren für die Annahme des Änderungsantrages DS0088/09/1 der Fraktion Bündnis 90/die Grünen.

Stadtrat Meinecke, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die Erläuterungen der Baumaßnahme im Ausschuss StBV und lehnt den Änderungsantrag DS0088/09/1 ab.

Nach weiterer umfassender Diskussion kann der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper die Argumente der Vertreter der Fraktion future! – Die junge Alternative nicht nachvollziehen und weist darauf hin, dass es sich bei der vorliegenden Drucksache DS0088/09 um die Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses handelt.

Im Anschluss sprechen sich Vertreter der CDU-, SPD- und FDP-Fraktion für einen leistungsfähigen und zukunftsfähigen Ausbau der Berliner Chaussee aus.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und Enthaltungen:

Der Änderungsantrag DS0088/09/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Beim Straßenbau in der Berliner Chaussee (Abschnitt von Ziegelei-Privatweg bis Knoten Ehlegrund) ist die Breite je Fahrspur unter Beibehaltung der geplanten Geh- und Radwegbreite von 4,20 m auf 3,50 m zu verringern. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 3013-83(IV)09

Der Stadtrat beschließt den Straßenausbau der Berliner Chaussee von Ziegelei-Privatweg bis Knoten Ehlegrund im Haushaltsjahr 2009 bis 2011 auf der Grundlage der vorliegenden Kostenberechnungen mit einem Gesamtwertumfang in Höhe von 4,73 Mio.EUR.

5.19.	Neufassung der Stellplatzablösesatzung	DS0089/09
	BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	

Die Ausschüsse KRB, StBV und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 42 Ja-, 0 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Bechluss-Nr. 3014-83(IV)09

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Satzung der Landeshauptstadt Magdeburg über die Erhebung von Ablösebeträgen für notwendige Einstellplätze von Kraftfahrzeugen (Stellplatzablösesatzung).

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

6.1. EinBlicke ins Rathaus für Studenten A0211/08
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
WV v. 06.11.08

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0099/09 der Verwaltung als positiv. Er gibt eine redaktionelle Änderung des Beschlusstextes des A0211/08 bekannt. (In der ersten Zeile sind die Wörter „und Zusammenarbeit“ zu streichen. In der zweiten Zeile sind nach dem Wort „Stendal“ die Wörter „und Uni Magdeburg“ einzufügen.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal geht klarstellend auf die Nachfrage des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, bezüglich der Einbeziehung des Jugendforums ein.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, unterstützt im Namen seiner Fraktion das Ansinnen des Antrages A0211/08 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bittet darum, auch ausländische Studenten mit einzubeziehen.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bittet darum im Protokoll festzuhalten, dass man dem Antrag A0211/08 nur zustimmen sollte, wenn dem Jugendforum mit dem Anliegen nichts aufgezwungen wird und auch die Grundidee des Jugendforums weiterhin verfolgt wird.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß modifizierten Antrag A0211/08 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Beschluss-Nr. 3015-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird gebeten, in Abstimmung mit dem Jugendforum Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal und Uni Magdeburg die Initiative „EinBlicke ins Rathaus“ auch für Studenten der ersten Semester anzubieten.

6.2. Kommunaler Energiebericht

A0001/09

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

WV v. 22.01.09

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0001/09/1.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grüne, begründet den Antrag A0001/09 und bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0054/09 der Verwaltung als positiv. Er trägt den vorliegenden Änderungsantrag A0001/09/1 des Ausschusses UwE mit.

Gemäß Änderungsantrag des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, erstmalig für das Jahr 2009 auf der Basis der Stellungnahme einen kommunalen Energiebericht zu erstellen.

Gemäß Antrag A0001/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0001/09/1 des Ausschusses UwE einstimmig:

Beschluss-Nr. 3016-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, erstmalig für das Jahr 2009 auf der Basis der Stellungnahme einen kommunalen Energiebericht zu erstellen.

- 6.3. Umgang mit historischen Funden auf dem Gebiet der Stadt Magdeburg A0022/09
 Fraktion DIE LINKE
 WV v. 26.02.09
-

Die Ausschüsse K und RWB empfehlen die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0022/09 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3017-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt und dem Kultusministerium aufzunehmen mit dem Ziel, eine Vereinbarung über den Umgang mit archäologischen Funden, die auf dem Territorium der Stadt Magdeburg gefunden werden, zu treffen. Dabei sollen insbesondere Fragen der frühzeitigen Zusammenarbeit der unteren Denkmalbehörde mit dem Denkmalfachamt und gegebenenfalls der Stiftung Dome und Schlösser in Sachsen-Anhalt bei archäologischen und anderen kulturhistorischen Funden und ihrer zeitnahen sowie nach notwendiger wissenschaftlicher Untersuchung dauerhaften öffentlichen Präsentation vereinbart werden. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger Magdeburgs an der Geschichte ihrer Stadt soll dabei angemessen gewürdigt werden.

- 6.4. Ausstellung der Domfundstücke in der Landeshauptstadt A0031/09
 CDU - Fraktion
 WV v. 26.02.09
-

Die Ausschüsse K, KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal übt Kritik, dass die Stellungnahme S0090/09 der Verwaltung für zwei Anträge (A0022/09 der Fraktion DIE LINKE) vorgelegt wird.

Gemäß Antrag A0031/09 der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3018-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert mit dem Kultusministerium und dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie in Verbindung zu treten mit dem Ziel, die Präsentation von möglichst vielen Fundstücken der aktuellen Ausgrabungen im Magdeburger Dom in der Landeshauptstadt zu ermöglichen.

Durch die Stadtverwaltung sind geeignete Ausstellungsmöglichkeiten bereitzustellen.

6.5. Rechte bei archäologischen Grabungen

A0026/09

Fraktion Bündnis90/Die Grünen
WV v. 26.02.09

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0026/09/2.

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0026/09/1.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0026/09/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich ausdrücklich für die vorliegende Stellungnahme S0085/09 der Verwaltung. Er bringt den Änderungsantrag A0026/09/3 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, sieht in den vorliegenden Änderungsanträgen der Ausschüsse KRB und K einen Widerspruch. Er plädiert dafür, von der Zielstellung einer gesetzlichen Regelung Abstand zu nehmen und die vertragliche Regelung anzustreben.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0026/09/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig:

Der Stadtrat möge folgende **Neufassung des Antrages** beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Vereinbarung mit dem Land auszuhandeln, die sichert, dass bei archäologischen Funden die Rechte der Stadt Magdeburg wesentlich verbessert werden. Dies könnte auch Eigentums einschließen:

Eine Abstimmung zu den Änderungsanträgen A0026/09/1 des Ausschusses KRB und A0026/09/2 des Ausschusses K hat sich mit der Beschlussfassung zum Änderungsantrag A0026/09/3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **erübrigt**.

Gemäß Antrag A0026/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter Beachtung des Änderungsantrages A0026/09/3 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3019-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Vereinbarung mit dem Land auszuhandeln, die sichert, dass bei archäologischen Funden die Rechte der Stadt Magdeburg wesentlich verbessert werden. Dies könnte auch Eigentums einschließen.

6.6.	Editha im Pavillon FDP - Fraktion WV v. 26.02.09	A0028/09
------	--	----------

Der Ausschuss K hat den Antrag A0028/09 zur Kenntnis genommen.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke begründet das Votum des Ausschusses Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, begründet den vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrag A0028/08/1 und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr kann die Argumentation der Stadträtin Paqué, FDP-Fraktion, bezüglich des Umgangs mit dem Pavillon nicht nachvollziehen und legt seinen Standpunkt zur Nutzbarkeit des Pavillons dar.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal regt an, über Aktivitäten nachzudenken, die den Pavillon interessant machen.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, hebt in seinen Ausführungen hervor, dass es entscheidend ist, das sich am Pavillon etwas tut und nicht was sich tut. Er erläutert weiterhin das Ansinnen des vorliegenden interfraktionellen Änderungsantrages A0028/09/1 und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Seifert, CDU-Fraktion unterstützt in seinen Ausführungen den interfraktionellen Änderungsantrag A0028/09/1 und weist in diesem Zusammenhang auf weitere Ausstellungsorte hin, die ebenfalls weniger besucht sind. Er empfiehlt, die Stadtrundgänge entsprechend zu verlagern.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper stellt klar, dass der Pavillon für Tourismusförderung und nicht für die Kulturförderung geplant und gebaut wurde.

Nach weiterer umfassender Diskussion sieht der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche ebenfalls eine prioritäre Nutzung des Pavillons im touristischen Bereich.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß interfraktionellen Änderungsantrag A0028/09/1 mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Nachstehender Text ersetzt den Ursprungsantrag:

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob der Pavillon am Kloster Unser Lieben Frauen zukünftig für wechselnde Ausstellungen genutzt werden kann, die dem gewachsenen Geschichtsinteresse der Magdeburger Bevölkerung und ihrer Gäste Rechnung tragen und in Text und Bild (keine Ausstellung von kostbaren Objekten) über jeweils aktuelle stadtgeschichtliche Untersuchungen, wie z.B. die jüngsten Grabungen im Dom und Domumfeld, informieren.
2. Für die Umsetzung des Anliegens sollen geeignete fach- und sachkundige Partner gewonnen werden.

Gemäß Antrag A0028/09 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des interfraktionellen Änderungsantrages A0028/09/1 mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 3020-83(IV)09

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob der Pavillon am Kloster Unser Lieben Frauen zukünftig für wechselnde Ausstellungen genutzt werden kann, die dem gewachsenen Geschichtsinteresse der Magdeburger Bevölkerung und ihrer Gäste Rechnung tragen und in Text und Bild (keine Ausstellung von kostbaren Objekten) über jeweils aktuelle stadtgeschichtliche Untersuchungen, wie z.B. die jüngsten Grabungen im Dom und Domumfeld, informieren.
2. Für die Umsetzung des Anliegens sollen geeignete fach- und sachkundige Partner gewonnen werden.

- 6.7. Erstellung eines Brachflächenkatasters für die Landeshauptstadt Magdeburg A0032/09
 Interfraktionell
 WVv. 26.02.09
-

Die Ausschüsse FG und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann geht auf die Intention des interfraktionellen Antrages A0032/09 ein und erklärt sich mit der vorliegenden Stellungnahme S0064/09 einverstanden.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, unterstützt im Namen ihrer Fraktion den interfraktionellen Antrag A0032/09 und empfiehlt eine zeitlich Begrenzung.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0032/09 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3021-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird gebeten, für die Landeshauptstadt ein Brachflächenkataster einschließlich der Industriebrachen zu erstellen. Die Übersicht sollte neben der Größe und den Eigentumsverhältnissen auch Aussagen zur verkehrstechnischen Lage/Anbindung, den allgemeinen Flächenzustand mit eventuellen Abriss-/Beräumungserfordernissen und bereits bekannter Bodenkontaminationen enthalten.

Weiterhin sollten Aussagen-soweit bereits entschieden-über eine vorgesehene Nutzung getroffen werden.

- 6.8. Fördermöglichkeiten für den Stadtteil Neu Olvenstedt - Stadtteilmanager A0036/09
 SR Krause , Fraktion DIE LINKE
 WV v. 26.02,09
-

Der Ausschuss GeSo empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss StBV empfiehlt zum Punkt 1 des Beschlussvorschlages die Beschlussfassung nicht.

Zum Punkt 2 des Beschlussvorschlages empfiehlt der Ausschuss StBV die Beschlussfassung.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE, wirbt in seinen Ausführungen für die Annahme des Antrages A0036/09.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM argumentiert für die Annahme des Antrages A0036/09.

Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, plädiert dafür, einen hauptamtlichen Stadtteilmanager für den Stadtteil Neu Olvenstedt einzusetzen, der auch mit dem Stadtteil verbunden ist. Sie beantragt die getrennte Abstimmung.

Stadtrat Salzborn, CDU-Fraktion, regt an, grundsätzlich über die Finanzierung der Stadtteilmanager nachzudenken. Er hält weiterhin die Quartiersvereinbarung für nicht ausreichend.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper empfiehlt, in Ruhe über die Funktion eines Stadtteilmanagers zu diskutieren.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann merkt an, dass ein Stadtteilmanager sich um soziale Belange kümmern sollte und nicht um städtebauliche Angelegenheiten. Er geht im Weiteren auf die Situation in Neu Olvenstedt ein und sieht dort insbesondere soziale Probleme.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stern begründet das Votum des Ausschusses und plädiert ebenfalls für eine getrennte Abstimmung der beiden Beschlusspunkte des Antrages A0036/09. Er wirbt in seinen weiteren Ausführungen für die Einstellung eines hauptamtlichen Stadtteilmanagers.

Entgegen den Anmerkungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Dr. Scheidemann sieht Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Stadtumbau.

Abschließend geht der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal auf die Erwartungshaltung der AG Gemeinwesenarbeit an einen Stadtteilmanager ein.

Es erfolgt auf Antrag der Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion, die getrennte Abstimmung.

Der Stadtrat **beschließt** gemäß Antrag A0036/09 der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und zahlreichen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 3022-83(IV)09

Der Punkt 1 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass

1. der Stadtteil Neu Olvenstedt erneut in das Bund-Länder-Programm „Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aufgenommen wird oder andere Fördermöglichkeiten für die Weiterentwicklung Neu Olvenstedts erschlossen werden. – wird **abgelehnt**.

Gemäß Punkt 2 des Antrages A0036/09 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3023-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass

2. für den Stadtteil Neu Olvenstedt ein hauptamtlicher Stadtteilmanager eingesetzt wird.

6.9.	Konzept für die weitere Entwicklung der Feuerwehren der LH Magdeburg	A0040/09
	Fraktion DIE LINKE WV v. 26.02.09	

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0040/09/1 der FDP-Fraktion.

Gemäß Änderungsantrag A0040/09/1 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Die *fett* und *kursiv* eingefügte Passage ergänzt den Antrag.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum September 2009 ein Konzept für die weitere Entwicklung der – v.a. Freiwilligen – Feuerwehren der LH Magdeburg vorzulegen. Berücksichtigung sollen dabei vor allem die demographische Entwicklung, ***Maßnahmen der Nachwuchsentwicklung, die erforderlichen mittel- und langfristigen Baumaßnahmen*** und die veränderten höheren Anforderungen an Ausrüstung und Technik sowie Betreuung der Feuerwehrfrauen und –männer nach Einsätzen finden.

Gemäß Antrag A0040/09 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0040/09/1 der FDP-Fraktion einstimmig:

Beschluss-Nr. 3024-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum September 2009 ein Konzept für die weitere Entwicklung der – v.a. Freiwilligen – Feuerwehren der LH Magdeburg vorzulegen.

Berücksichtigung sollen dabei vor allem die demographische Entwicklung, Maßnahmen der Nachwuchsentwicklung, die erforderlichen mittel- und langfristigen Baumaßnahmen und die veränderten höheren Anforderungen an Ausrüstung und Technik sowie Betreuung der Feuerwehrfrauen und –männer nach Einsätzen finden.

6.10. Mehr Green IT in Magdeburg

A0064/09

Fraktion Bündnis90/Die Grünen
WV v. 26.03.09

Der Ausschuss UwE empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0064/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3025-83(IV)09

Die Verwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zu prüfen, den Energieverbrauch der in der Verwaltung und den städtischen Unternehmen der Stadt Magdeburg eingesetzten Computer und deren Zubehör zu senken sowie über sinnvolle Möglichkeiten des Energiesparens bei der IT-Nutzung zu informieren.

Zu diesem Zweck ist das vorhandene Know-how der KID Magdeburg GmbH vorrangig zu nutzen, für darüber hinausgehenden Bedarf aber auch das anderer Anbieter.

Bei künftigen Entscheidung über Beschaffung und Einsatz von IT-Produkten sollen sowohl der Energieverbrauch als auch die Umweltbelastungen durch Produktion und Entsorgung berücksichtigt werden.

6.11. Ehrung Ernst Jennrich A0066/09
 SPD - Fraktion und CDU - Fraktion
 WV v. 26.03.09

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Gemäß Antrag A0066/09 der SPD- und CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3026-83(IV)09

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, an passender Stelle, z. B. im Bereich seiner ehemaligen Wohnstätte, eine Gedenktafel zu Ehren des im Zusammenhang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ermordeten Ernst Jennrich aufzustellen bzw. anzubringen. Alternativ wäre die Benennung einer Straße bzw. eines Platzes nach Ernst Jennrich zu prüfen.

Bezüglich der Finanzierung einer solchen Tafel sind entsprechende Gespräche mit den DDR-Opferverbänden und den im Stadtrat vertretenen Parteien zu führen.

6.12. "Im Buckauer Engpass" A0106/09
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0106/09 in die AG Straßennamen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0106/09 wird in die AG Straßennamen überwiesen.

- 6.13. Betreuung behindertener Arbeitssuchender A0107/09
 Interfraktionell
-

Der vorliegende interfraktionelle GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0107/09 in den Ausschuss GeSo wird durch Stadtrat Klein, FDP-Fraktion um den Ausschuss RWB erweitert.

Gemäß ergänztem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0107/09 wird in die Ausschüsse GeSo und RWB überwiesen.

- 6.14. Kreuzhorst stärker an Nahverkehr anbinden A0109/09
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt den Antrag A0109/09 und den GO-Antrag - Überweisung des Antrages A0109/09 in den Ausschuss StBV – ein.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0109/09 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

- 6.15. Magdeburger Seniorenforum A0105/09
 Interfraktionell
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0105/09 in die Ausschüsse VW und GeSo – vor.

Gemäß interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0105/09 wird in die Ausschüsse VW und GeSo überwiesen.

- 6.16. Umgang mit architektonischem Erbe der Stadt Magdeburg A0108/09
 CDU - Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0108/09 in die Ausschüsse K und StBV – vor.

Gemäß GO-Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0108/09 wird in die Ausschüsse K und StBV überwiesen.

- 6.17. Haltestellen Klinikum Magdeburg gGmbH A0112/09
 Interfraktionell
-

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann verweist auf die vorliegende Stellungnahme S0135/09 der Verwaltung und empfiehlt, den Antrag A0112/09 zurückzuziehen.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet den interfraktionellen Antrag A0112/09 und den GO-Antrag.

Gemäß interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen:

Der Antrag A0112/09 wird in die Ausschüsse StBV und FG überwiesen.

- 6.18. Prüfung der Errichtung eines Haltepunktes für Reisebusse vor A0114/09
 der Tourist-Information
 Fraktion future! - Die junge Alternative
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0014/09 in die Ausschüsse StBV, RWB und FG – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion future! – Die junge Alternative **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0114/09 wird in die Ausschüsse StBV, RWB und FG überwiesen.

6.19. Mehrgenerationenspielfeld in Stadtfeld-Ost A0116/09
CDU - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0116/09 in die Ausschüsse Juhi, StBV und in den BA SFM – vor.

Gemäß GO-Antrag der CDU-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0116/09 wird in die Ausschüsse Juhi, StBV und in den BA SFM überwiesen.

6.20. Bewerbung um Germany Travel Mart (GTM) A0110/09
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0110/09 in den Ausschuss RWB – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0110/09 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

6.21. Modellversuch Straßenmarkierung gegen den Schilderwald A0111/09
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0111/09 in die Ausschüsse StBV und KRB – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0111/09 wird in die Ausschüsse StBV und KRB überwiesen.

6.22. Deutscher Städtetag - RGRE A0113/09
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0113/09 in die Ausschüsse KRB und FG – vor, der durch Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, um den Ausschuss RWB ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0113/09 wird in die Ausschüsse KRB, FG und RWB überwiesen.

6.23. Tag der Industriekultur 2010 A0115/09
FDP - Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0115/09 in die Ausschüsse RWB und K – vor.

Gemäß GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0115/09 wird in die Ausschüsse RWB und K überwiesen.

6.24. Touristische Vermarktung des Schiffshebewerks Rothensee A0117/09
Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0117/09 in den Ausschuss RWB – vor.

Gemäß interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der interfraktionelle Antrag A0117/09 wird in den Ausschuss RWB überwiesen.

- 6.25. Grundsatzbeschluss zum Ersatzneubau der Friedhofskapelle A0099/09
Salbke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0099/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die Ausschüsse StBV, FG und in den BA SFM – vor.

Gemäß GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0099/09 wird in die Ausschüsse StBV, FG und in den BA SFM überwiesen.

- 6.26. Tunnel-Modell A0101/09
Interfraktionell
-

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den interfraktionellen Antrag A0101/09 ein.

Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0101/09 in den Ausschuss StBV – ein.

Vertreter der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion BFM sprechen sich gegen den GO-Antrag und der Vorsitzende der Fraktion future! – Die junge Alternative Stadtrat Michael Stage für den GO-Antrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, aus.

Der GO-Antrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion Die LINKE, den Antrag A0101/09 in den Ausschuss StBV zu überweisen, wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Jastimmen **abgelehnt**.

Bezüglich der geäußerten Kritik des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass dem Stadtrat Canehl, fraktionslos, durch den Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge zum GO-Antrag der Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, kein Rederecht erteilt wurde, sagt dieser hierzu eine schriftliche Stellungnahme zu.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, legt seinen Standpunkt zum Tunnel-Modell dar.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, bringt den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Stadtrat Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Stadtrat Canehl, fraktionslos und der Vorsitzende der Fraktion future! – Die junge Alternative Stadtrat Michael Stage sprechen sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion und Stadtrat Czogalla, SPD-Fraktion, sprechen sich für den GO-Antrag aus.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Schwenke, CDU-Fraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Abbruch der Debatte

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 3027-83(IV)09

Der interfraktionelle Antrag A0101/09 –

Der Stadtrat beschließt das von einem Mitglied der Bürgerinitiative „Lebenswerte Innenstadt“ angefertigte Tunnelmodell im Rathaus Foyer auszustellen. –

wird **abgelehnt**.

6.27. Modellprojekt Fahrradverleihsysteme

A0029/09

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal begründet den Antrag A0029/09.

Gemäß Antrag A0029/09 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 3028-83(IV)09

Die Landeshauptstadt Magdeburg wird sich am Modellversuch "Innovative öffentliche Fahrradverleihsysteme" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung beteiligen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Antragstellung vorzubereiten und einzureichen.

7. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Ansorge übernimmt die Sitzungsleitung.

7.1 Fabian Nagel, wohnhaft Schönebecker Str. 42, 39104 Magdeburg

Ich bin selbstständig. Wie einige von Ihnen vielleicht wissen, wurde vor 12 Tagen in Buckau von einer Gruppe von jungen Menschen damit begonnen, ein seit 12 Jahren leer stehendes Gebäude, die alte Gruson-Villa, zu nutzen. Die verfallene Villa auf dem ehemaligen SKET-Gelände in der Nähe des Buckauer Bahnhofs, wird genutzt, um ein libertäres Zentrum zu errichten. Lt. Denkmalschutzbehörde handelt es sich sowohl bei dem SKET-Gelände als auch bei der Villa als Einzelobjekt um Denkmäler, dabei nimmt die Gruson-Villa als Baudenkmal die höchste Denkmalkategorie ein. Trotzdem verfällt dieses Gebäude zunehmend. Der Eigentümer des Industriegeländes ist die Mitteldeutsche Sanierungs- und Entsorgungsgesellschaft mbH, die MDSE, die zu 100 % dem Land Sachsen-Anhalt gehört.

Dennoch sind wir der Überzeugung, dass dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg als Sprachrohr der Bürger dieser Landeshauptstadt eine entscheidende Rolle bei den Verhandlungen mit der MDSE zukommt. Ziel unserer Verhandlung ist eine Legalisierung des Projektes, um einen kulturellen Freiraum zu errichten, der Raum bietet für nicht kommerzielle Projekte. Unsere Fragen sind daher: Wie positioniert sich der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg zum libertären Zentrum? Und was tut der Oberbürgermeister dafür, dass unsere Verhandlungen von Erfolg gekrönt sind? Dankeschön.

Antwort des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper verweist in seinen Ausführungen auf die von ihm im Rahmen eines Vortrages bei der URANIA gegebenen Hinweise.

Er betont, dass der Weg ein Haus zu besetzen und dann Forderungen zu stellen, für ihn nicht akzeptabel ist. Es sei im Gegenteil wichtig, zuerst ein vernünftiges Konzept zu erarbeiten und dann damit auf den Eigentümer einer entsprechenden Immobilie zuzugehen. Vorliegend müsste das mit dem Land gemacht werden. Ob und in welchem Umfang dies auch in der Stadt Magdeburg möglich ist, muss nach Vorliegen eines entsprechenden Konzepts zuerst mit dem Jugendamt besprochen werden, betont Herr Dr. Trümper.

Frage der Stadträtin Schumann, FDP-Fraktion

Ja, ich habe mal eine Gegenfrage. Und zwar, hat das libertäre Zentrum meine Plakate – auch im Internet ist das noch schön ausgeschmückt worden durch Ihre Organisation – beklebt und nun frage ich mich, Sie möchten gerne unsere Unterstützung. Wenn Sie das Beschädigen von Plakaten, die wir bezahlt haben und selbst aufgehängt haben, ob das dann dazu gehört.

Antwort von Fabian Nagel

Ich wüsste nicht, dass von uns das Beschädigen von Plakaten ausgegangen ist. Mir ist nichts bekannt dazu.

Nachfrage von Fabian Nagel an den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper

Ich könnte mir aber vorstellen, dass andere Leute...ja. Ich würde trotzdem bitten, dass die Frage noch mal genau beantwortet wird, wie Sie sich dazu positionieren und wie Sie uns bei den Verhandlungen helfen wollen. Oder ob Sie uns überhaupt bei den Verhandlungen unterstützen möchten.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung,
Herrn Platz

Herr Platz fasst in seinen Ausführungen die derzeitige Situation zusammen. Er stellt fest, dass sich die Gruppe illegal in dem besetzten Gebäude aufhält und im Internet mehr oder weniger deutlich mit Krawallen droht, sollte die Polizei eine Räumung veranlassen.

Dies sei eine Situation, die die ganze Geschichte aus Sicht von Herrn Platz unnötigerweise belastet.

Herr Platz führt weiterhin aus, dass der Eigentümer des Gebäudes in Gesprächen Straffreiheit zugesichert hat, wenn das Gebäude bis zu einer bestimmten Frist geräumt wird. Diese Frist sei nun verstrichen.

Dennoch habe der Eigentümer ein anderes Gebäude angeboten, ohne dass die Jugendlichen bis jetzt reagiert hätten. Auch dies würde die Situation verschärfen.

Herr Platz fordert die Jugendlichen eindringlich auf, zu überlegen, ob nicht endlich legale Zustände hergestellt und mit der Stadt oder Anderen Gespräche geführt werden sollten.

Ergänzung des Oberbürgermeisters, Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper stellt weiterhin klar, dass bei Verhandlungen mit der Stadt eine legitimierte Rechtsperson auftreten muss, die auch als Vertragspartner bei allen anstehenden Geschäften – wie z. B. Strom und Wasserversorgung – auftritt. Eine Gruppe kann das nicht.

Erst dann kann in entsprechende Gespräche eingetreten werden.

Ergänzung des Stadtrates Meinecke, Fraktion DIE LINKE

Ich war ja mehr oder weniger rein zufällig in dieser Veranstaltung mit dabei – und ich habe ja die Diskussion, Ihre Bitten, Ihre Fragen usw. an den OB gehört, auch seine Antworten und aus diesem Grunde hatte ich für die heutige Sitzung eine Anfrage eingestellt, wie der Sachstand ist, der OB möge das bitte beantworten, weil er – das sage ich hier auch offen –

Gesprächsbereitschaft signalisiert hat und mich interessiert jetzt, haben Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, dass Sie mit dem Oberbürgermeister oder mit einem seiner Beauftragten über Ihr Problem gesprochen haben? Ich habe ja auch von meiner Seite bekundet, da es ja nicht die erste derartige Maßnahme hier in Magdeburg ist, dass wir uns damit immer offen auseinandergesetzt haben und auch an und für sich mit Wohlwollen behandelt wurde. Aber ich habe auch meine Meinung zum Ausdruck gebracht, dass es so eben nicht geht. Denn was der OB eben sagte, es muss eine Rechnung von den Städtischen Werken an irgend jemand zustellbar sein, der sie denn auch bezahlt, als Beispiel nur. Aber jetzt ist die Frage, haben Sie dieses Gesprächsangebot wahrgenommen? Ja oder nein? Und dem OB oder dem Vorsitzenden möchte ich gleich sagen, dass damit meine Anfrage erledigt ist.

Antwort von Fabian Nagel

Ja, es kam jemand und hat sich vorgestellt und wir haben darauf Grund zu sprechen. Aber wir haben nach wie vor keine Verhandlungen mit der MDSE, weder mit der Stadt. Wir sind mit der MDSE nur in Gesprächen.

Ergänzung des Stadtrates Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ja, es ist ja eigentlich auch keine Dialogstunde oder so. Aber ich wollte trotzdem noch einmal ganz kurz dazu etwas sagen. Ich begrüße das sehr, dass Sie sich offenbar auch in dem ersten Gespräch, was schon stattgefunden hat, gesprächsbereit gezeigt haben, Herr Oberbürgermeister, das finde ich gut. Vielleicht sollte man sich jetzt nicht so aufhängen an der dort natürlich illegal besetzten Immobilie, die ja nicht irgendwie bewohnt war oder so sondern seit Jahren wirklich leer stehend ist. Ich war auch vor Ort, habe mir das angesehen, wie das dort aussieht. Und es ist nicht so, dass die Zustände sich da jetzt verschlechtert hätten sondern im Gegenteil, soweit ich weiß hat die Gruppe da Maßnahmen unternommen, das Gebäude zu sichern beispielsweise gegen Regen, der da reinkommt usw. Aber das sei dahingestellt. Es geht hier um ein Konzept, ein libertäres Zentrum in Magdeburg zu gründen, orts-unabhängig, also eigentlich egal wo und ich denke, da sind wir als Stadt schon ein bisschen mit in der Verantwortung. Ob das nun in diesem Haus sein wird oder nicht, dass sich so etwas hier etablieren kann. Und da finde ich es gut, wenn Sie z. B. so einem Angebot, wie Sie eben gesagt hätten, auch beispielsweise mit behilflich zu sein auf der Suche möglicherweise nach einer Ausweichimmobilie, vielleicht auch was, was in unserem Zugriffsbereich liegt als Stadt, haben Sie ja eben angedeutet, Herr Dr. Trümper.

Hinweis des Stadtrates Michael Stage, Fraktion future! – Die junge Alternative:

Also, ich hab jetzt wirklich nochmal im Internet geschaut, ich finde erstens keine Fotos von zerstörten FDP-Plakaten und ich finde auch zweitens nirgendwo einen Hinweis, dass mit Randalen gedroht wird. Ich finde aber den Hinweis... da steht nichts von Randalen, es wird immer behauptet, dass das alles friedlich verlaufen soll und auch die Besetzung ist friedlich verlaufen und auch die Tatsache, dass heute jemand von den Vertretern hier im Stadtrat ist, zeigt eigentlich auch, dass alles friedlich und demokratisch verlaufen soll. Also, ich denke schon, dass wir da nicht so mit Vorurteilen rangehen sollen sondern eigentlich auch offen den jungen Menschen gegenüber stehen sollten.

Antwort der Stadträtin Frau Schumann, FDP-Fraktion:

Darf ich bitte noch mal ganz kurz darauf antworten? Natürlich ist das aus dem Netz genommen worden. Sie wollen doch jetzt nicht damit andeuten, dass ich lüge. Also, es liegt auch die Meldung bei der Polizei vor, mit der Internetseite und ich habe Zeugen dafür, also das möchte ich jetzt bitte klarstellen. Man kann Sachen auch aus dem Internet rausnehmen, wenn man strafrechtliche Verfolgungen da erwarten kann.

Hinweis des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge:

Der Vorsitzende fasst abschließend zusammen, dass im ersten Schritt seitens der Jugendlichen Rechtssicherheit hergestellt werden muss und dann in einem zweiten Schritt alles Weitere besprochen und entschieden werden kann.

8. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

8.1. Schriftliche Anfrage F0069/09 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Oktober 2008 wurde als ein Ergebnis der Armutstagung die Ausrichtung einer Bildungskonferenz beschlossen, über dessen aktuellen Stand der Vorbereitung der Stadtrat im Monat Mai 2009 unterrichtet werden sollte.

Da eine solche Information trotz eindeutiger Beschlusslage bislang leider nicht erfolgt ist und der Monat Mai dem Ende neigt,

frage ich Sie, Herr Oberbürgermeister:

Wie gestaltet sich die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der geplanten Bildungskonferenz? Wann und wo wird sie in welcher Form stattfinden? Wer sind die Akteure und welche Kooperationspartner konnten gewonnen werden?

Hierzu merkt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE an, das er im Ergebnis der gegebenen Information seitens Herrn Dr. Koch an dieser Stelle auf eine schriftliche Beantwortung verzichtet.

8.2. Schriftliche Anfrage F0083/09 des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Fahrrad fahren erfreut sich auch in Magdeburg wachsender Beliebtheit, insbesondere natürlich in touristisch interessanter Umgebung wie bspw. im Stadtpark oder Elbufernähe. So kann man die direkte Verbindung aus Richtung Süden zur Sternbrücke getrost als eine Radfahrermeile bezeichnen. Leider verfügt jedoch ein kleines Teilstück dieser Strecke, nämlich die Seumestraße, über keinerlei Radweg und stellt somit ein erhöhtes Gefahrenpotential dar.

Ich frage daher den Oberbürgermeister:

Besteht in der Seumestraße mit geringen Mitteln die Möglichkeit auf der gemeinsamen Fahrbahn mittels Markierung eine Fahrradspur auszuweisen und somit einen aktiven Beitrag zu mehr Sicherheit für die zahlreichen Radfahrer in diesem Bereich zu leisten?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann:

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht in seinen Antwort auf den an vielen Stellen existierenden und teilweise nur schwer zu lösenden Interessenkonflikten von Stellplatzinhabern und neu angelegten Radwegen ein. Bei der konkret benannten Situation in der Seumestraße sei es so, dass mit Abschluss der Baumaßnahme „Umgestaltung Planckstraße“ und Errichtung der barrierefreien Haltestellen die Buslinie 59 von der bisherigen Führung über die Seumestraße in die Planckstraße umgelegt wird. Herr Dr. Scheidemann sichert in einer schriftlichen Stellungnahme eine umfassende Darstellung des Sachverhaltes zu.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.3 Schriftliche Anfrage F0074/09 des Stadtrates Schuster, CDU-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

beim letzten Stadtteilrundgang des CDU-Ortsverbandes Süd, am vergangenen Samstag, wurden durch Bürgerinnen und Bürger Beschwerden über den aktuellen Zustand der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Reform (Hermann-Hesse-Straße) geäußert.

Über einen Aushang, der vom 05.12.2008 datiert, informiert das Jugendamt, dass der Club vorläufig geschlossen bleibt und nach der Ausführung von notwendigen Reparaturarbeiten zu Beginn dieses Jahres wieder geöffnet werden soll.

Eine Besichtigung der Örtlichkeiten offenbarte einen so nicht hinnehmbaren Zustand des Gebäudes und des dazugehörigen Freigeländes.

So sind Nebenräume bereits aufgebrochen worden, wilde Müllablagerungen sind zu finden und das gesamte Objekt befindet sich in einem beklagenswerten Zustand (siehe auch die beigefügten Photos).

Daher bitte ich hiermit um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wann ist mit der Ausführung der notwendigen Reparaturarbeiten bzw. der Wiedereröffnung der Einrichtung zu rechnen?
2. Zu welchem Zeitpunkt wurde zuletzt durch einen Mitarbeiter der Stadtverwaltung die Einhaltung der Verkehrssicherungspflicht für dieses Objekt überprüft?
3. Wie schnell kann wieder der ordnungsgemäße Zustand des Geländes hergestellt werden?

Neben einer kurzen mündlichen Beantwortung, bitte ich um eine schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz stellt in seiner Antwort fest, dass die Feststellungen zutreffend sind und sichert zu, dass er in Abstimmung mit dem KGM in den nächsten Tagen für eine Müllberäumung und ähnliches sorgen wird.

Ergänzende Antwort der AL 50 Frau Borris in Vertretung des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning:

Im Mai d. J. hat das KGM letztmalig von uns die Information bekommen, dass da Reparaturen an Scheiben usw. erforderlich sind. Inhaltlich ist es so, dass das Objekt in Selbstverwaltung von Jugendlichen geführt wurde. Die Jugendlichen sind durch Aufnahme von Tätigkeiten in Holland dann von dem Vertrag zurückgetreten. Das Jugendamt hat dann versucht, vor Ort neue Jugendliche zu finden, die in diese Selbstverwaltungskompetenz eintreten würden. Diese Suche läuft weiterhin. Ich habe heute gehört, dass es auch Anträge gibt von Mehrgenerationen-Vertretungen, dass man evtl. eine andere Nutzung, eine gemeinsame Nutzung mit Jugendlichen dort vor Ort vorsehen würde.

Die ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.4 Schriftliche Anfrage (F0076/09) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

von verschiedenen Seiten wurde mein Eindruck bestätigt, dass die Resonanz auf die Veranstaltung zur diesjährigen Verleihung des Kaiser-Otto-Preises nicht der entsprach, die den Verleihungen der Vorjahre zuteil wurde.

Ich bitte Sie, mir mündlich nachstehende Fragen zu beantworten:

1. Entsprach die öffentliche regionale und überregionale Resonanz auf die Verleihung des Kaiser-Otto-Preises den Erwartungen, die die Landeshauptstadt an dieses Ereignis geknüpft hat?
2. Wie können zukünftig eventuelle Defizite in der Außendarstellung vermieden werden?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

In seiner Antwort stimmt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper den Ausführungen des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion, bezüglich der mangelnden Resonanz der regionalen und überregionalen Medien auf die Verleihung des Kaiser-Otto-Preises zu. Er bringt auch sein

Unverständnis und sein Bedauern diesbezüglich zum Ausdruck, da aus seiner Sicht im Vorfeld der Veranstaltung sehr viel getan wurde, um diesen Jahreshöhepunkt öffentlichkeitswirksam zu machen. Es gab Abstimmungen mit der Presse, eine exzellente Broschüre und vieles mehr. Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümer sichert zu, „Manöverkritik“ zu veranlassen, um Schlussfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge bestätigt der Fragesteller die ausführliche Beantwortung seiner Anfrage.

8.5 Schriftliche Anfrage (F0070/09) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in den vergangenen Tagen wurde in der Volksstimme über die umstrittenen „Mosquito“-Sender berichtet, die an der Ecke Breiter Weg/Ernst-Reuter-Allee installiert waren.

Ich bitte Sie um die mündliche und ergänzende schriftliche Beantwortung nachstehender Fragen:

1. Wurde der Einsatz eines solchen Gerätes im öffentlichen Raum mit dem Ordnungsamt abgestimmt? Wenn ja, nach welchen Kriterien wurde geprüft?
2. Wurden bei Nichtgenehmigung des Einsatzes des Senders im öffentlichen Raum Maßnahmen ergriffen, um die Verantwortlichen zur Verantwortung zu ziehen?
3. Welche Sanktionen haben die Verantwortlichen zu erwarten?
4. Welche Erkenntnisse liegen zwischenzeitlich bezüglich der medizinischen und umwelttechnischen Bewertung dieser Sender vor?
5. Ist bekannt, ob es weitere Plätze im öffentlichen Raum in Magdeburg gibt, an denen derartige Sender installiert wurden? Wenn ja, wo befinden sich diese?

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz:

In seiner Antwort geht der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz auf die Genese des Problems ein. Seit Frühjahr des vergangenen Jahres sei die Problematik durch den Aufenthalt vornehmlich jüngerer Personen bei McDonalds der Verwaltung bekannt.

Daraufhin habe eine Beratung mit der MMKT, dem Betreiber von McDonalds, der IG Innenstadt unter Leitung des SOD stattgefunden, in deren Ergebnis eine stärkere Präsenz der Ordnungskräfte festgelegt wurde.

So wurden danach bis zu 30 Platzverweise täglich ausgesprochen.

Aus Sicht des Bg habe sich die Situation danach deutlich verbessert.

Insofern habe ihn der Volksstimme-Artikel sehr überrascht. Umsomehr, da in dem Artikel auf ein Gerät eingegangen wird, das wie ein Phantom erscheint, denn es gibt keinen definiten Beweis, was sich tatsächlich an der besagten Stelle befunden habe.

Damit, führt der Bg weiterhin aus, sei die Frage nach der Abstimmung mit der Verwaltung auch abschlägig beantwortet.

Es sei wohl über eine maßvolle Beschaffung z.B. auf dem Bahnhofsvorplatz gesprochen worden, aber Maßnahmen, die in keiner Weise transparent sind, würde die Verwaltung rigoros ablehnen, führt der Bg weiterhin aus.

Er informiert darüber, dass seitens der Polizei geprüft wird, ob ggf. ein Straftatbestand vorliegt und ermittelt werden muss.

Seitens der Verwaltung würde derzeit recherchiert werden, welche Firma derartige Geräte herstellt, wo es produziert wird und wie die technischen Spezifikationen sind.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge bestätigt der Anfragersteller die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

8.6. Schriftliche Anfrage (F0073/09) des Stadtrates Klein, FDP-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der kommunale Finanzierungsanteil, den die Landeshauptstadt für die Umsetzung der vom Land bewilligten Maßnahmen und für die über die kommunale Investitionspauschale zu realisierenden Projekte aus dem Konjunkturpaket II zu tragen hat, beträgt 12,5 %.

Soweit eine andere Finanzierung nicht möglich ist, stellt die Investitionsbank mit dem Förderprogramm „Sachsen-Anhalt STARK“ entsprechende Mittel zur Verfügung.

Ich bitte um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Antwort auf nachstehende Fragen:

1. Wie wird die Finanzierung des kommunalen Eigenanteils erfolgen?
2. Welche Auswirkungen hat die Finanzierung des kommunalen Eigenanteils auf die mittelfristige Finanzplanung und das Haushaltskonsolidierungskonzept der Landeshauptstadt?
3. Besteht ein Personalmehrbedarf, damit die Bearbeitung der Vorgänge und Genehmigungen, die für die Umsetzung des Konjunkturpaketes II notwendig sind, zeitnah erfolgen kann, ohne dass es zu Verzögerungen bei der Bearbeitung anderer Vorgänge kommt? Wenn ja, welcher und wie wird er gedeckt?
4. Welche Auswirkungen hat die vom Finanzministerium des Landes Sachsen-Anhalt Mitte Mai verhängte Haushaltssperre auf die Realisierung laufender Aufgaben und Ausgaben des kommunalen Magdeburger Haushaltes?

Stadtrat Klein, FDP-Fraktion, stellt klar, dass ihm insbesondere die Antwort zu Punkt 3 interessiert, da zu den anderen Punkten bereits im Zusammenhang mit der Drucksache DS0173/09 und DS0115/09 ausführlich gesprochen wurde. Er bittet darum, diesbezüglich auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper führt in seiner Antwort aus, dass eine Stelle vom Amt 65 dem Eigenbetrieb KGM für die besagten Aufgaben zugeordnet wurde. Die Vorbereitung sei

heute abgeschlossen worden. Die entsprechenden Anträge wurden ab heute sukzessive unterzeichnet und abgeschickt wurden. Einen Mehrbedarf an Personal sieht er nicht.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herr Ansorge bestätigt der Fragesteller die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

8.7 Schriftliche Anfrage (F0075/09) des Stadtrates Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

immer mal wieder werden wir von aufmerksamen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt angesprochen, wenn es um Vögel in Abrisshäusern geht.

So auch im Fall von in Gebäuden bei Olven 1 lebenden Schwalben und Mauerseglern. Hier gibt es seitens der Bürgerschaft berechtigte Sorgen, dass vor allem Jungtiere zu Schaden kommen, wenn die dort für den Abriss vorgesehenen Gebäude (Eigentümer ist eine Genossenschaft) vor August abgerissen werden.

Gemäß § 42 Abs. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Sinn und Zweck dieser Vorschriften ist es, den Zugriff des Menschen auf Tiere und Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Lebensstätten zu untersagen und diese für den Naturhaushalt wichtigen Arten vor Beeinträchtigungen durch den Menschen zu schützen.

Wir fragen daher an:

1. Wird bei Abriss und Rückbau von Gebäuden im Rahmen des Stadtumbau Ost sichergestellt, dass der Abriss nicht in der Brutzeit von Schwalben und Mauerseglern erfolgt? Wenn ja, wie wird das überprüft?
2. Hat das Umweltamt konkret im Bereich Olven 1 Kenntnisse darüber, ob dem Schutz dort brütender Arten Rechnung getragen wird?

Um eine kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung wird gebeten.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.8. Schriftliche Anfrage (F0065/09) des Stadtrates Michael Stage, Fraktion future! – Die junge Alternative

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Januar vergangenen Jahres wurde die „Satzung über das Verhalten von Besuchern im Alten Rathaus“ (DS0529/07) vom Stadtrat beschlossen. Bisher findet sich vor allem im Umfeld der Stadtratssitzungen kein Hinweis auf diese Satzung im Eingangsbereich des Rathauses bzw. im Zugangsbereich der Zuschauertribüne.

Die Satzung kann aktuell lediglich auf Nachfrage beim Empfangspersonal oder im Internet eingesehen werden.

Wir fragen daher,

- Inwieweit wird diese Satzung zukünftig im Alten Rathaus veröffentlicht werden?
- Wann und in welcher Form wird diese Anbringung erfolgen?
- Liegen Gründe vor, warum dies bisher noch nicht geschehen ist?
Wenn ja, welche Gründe sind das?
Wenn nein, warum wurde dies bisher nicht umgesetzt?

Wir bitten um eine kurze mündliche sowie eine ausführliche schriftliche Beantwortung. Vielen Dank!

Antwort des Beigeordneten für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz informiert darüber, dass die Antwort auf die Anfrage intern bereits vorliegt. Er stellt klar, dass die Satzung mit Veröffentlichung im Amtsblatt rechtswirksam wurde. Allerdings sei der Hinweis zum Aushang im Rathaus richtig. Er sichert zu, dies in Kürze in Abstimmung mit allen Beteiligten zu veranlassen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden des Stadtrates Herrn Ansorge bestätigt der Fragesteller die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

8.9. Schriftliche Anfrage (F0081/09) des Stadtrates Boeck und der Stadträtin Bork, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit der DS 0889/98 wurde u. a. die Maßnahme 1 beschlossen, in der die Straße am Hopfengarten so ausgebaut werden soll, „[...]dass ein Befahren der Einmündung Gustav-Ricker-Straße mit LKW ausgeschlossen bleibt [...]“. Dazu wurde eine Einengung angelegt, deren Bordsteine 3 m voneinander entfernt sind. Die ursprünglich angebrachten und vor längerer Zeit abmontierten Pfeiler wiesen einen Abstand von rund 2,30 m zueinander auf. Zudem wurden Blumenkübel aufgestellt, damit ein bloßes Überfahren des Fahrbahnrandes durch LKW-Fahrer ausgeschlossen wird.

In den vergangenen Monaten begann nun das große Kübelrücken (Abstand zurzeit ca. 3,90 m) und die Abmontage des Verkehrszeichens 264 (Hinweis auf 1,90m Breite), weshalb wir die Verwaltung nach dem Grund für diese Maßnahme fragten. Vom Tiefbauamt erfuhren wir, dass die in der Straße Am Hopfengarten geschaffene Einengung durch Blumenkübel rechtswidrig war, weil die Blumenkübel sich auf der Fahrbahn befanden und damit ein unzulässiges Hindernis nach § 32 StVO darstellten. Allerdings standen die Kübel seit endgültiger Fertigstellung der Einengung nicht auf der Fahrbahn, sondern nur auf dem Bord (siehe Foto), weshalb uns diese Antwort nicht befriedigte. Lediglich kurzfristig ragten die Kübel auf die Fahrbahn, was sicherlich rechtswidrig und daher zu korrigieren war.

Zudem wurde die bisherige Beschilderung „1,9 m“ (Verkehrszeichen 264) weggenommen und durch ein einziges Hinweisschild „Verengte Fahrbahn“ (Verkehrszeichen 120) in Höhe Ahornweg ersetzt.

Letzteres begründete die Verwaltung wiederum damit, dass auch die Beschilderung mit dem Verkehrszeichen 264 unzulässig war.

Die durchgeführten Maßnahmen werden mittlerweile von den LKW-Fahrern regelrecht als Einladung zur Nutzung der Straße „Am Hopfengarten“ verstanden, weshalb immer mehr LKWs die Straße „Am Hopfengarten“, aber auch die anliegenden Siedlungsstraße als Zu-/Abfahrt für das Gewerbegebiet ansehen.

Aus diesem Grund fragen wir Sie, Herr Oberbürgermeister,

1. ob das Aufstellen der Kübel im Abstand von 3m zueinander (also mit Abschließen des Bordes) grundsätzlich rechtswidrig ist oder zumindest dieser Zustand wiederhergestellt werden kann?
2. weshalb der Stadtverwaltung erst jetzt aufgefallen ist, dass die Anbringung der Verkehrszeichen 264 unzulässig war, denn eine Einengung von 1,90 m lag zu keinem Zeitpunkt vor?
3. welche rechtskonformen Maßnahmen z.B. Schild Verkehrsverbot für LKW (evtl. mit Beschränkung der Achslasten oder Tonnage) nun mehr angedacht sind, um das Befahren der Einengung durch LKWs zwecks An- und Abfahrt zu den Gewerbebetrieben gemäß Beschlussfassung des Stadtrates zu verhindern?

Es wird um eine ausführlich schriftliche Beantwortung gebeten.

Die ausführliche Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.10 Schriftliche Anfrage (F0082/09) des Stadtrates Boeck und der Stadträtin Bork, Fraktion DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
 an der genannten Kreuzung entstehen bei geringen Verkehrsaufkommen unnötige Wartezeiten durch die in die Signalanlage eingebundene Rechtsabbiegerampel (grün bzw. gelb) zum einbiegen in die Leipziger Chaussee sowie einem fehlenden grünen Pfeil für Fahrzeuge die aus Richtung Flugplatz kommend in die Straße Am Hopfengarten einbiegen wollen.
 Bei hohem Verkehrsaufkommen könnte durch eine freie Rechtsabbiegerspur auf der Leipziger Straße (aus Richtung Flugplatz) die Linksabbieger aus Richtung Stadt in die Straße am Hopfengarten früher fahren. Dadurch wird der Verkehr flüssiger - Staus können begrenzt werden. Die Motoren laufen weniger im Stand und der Schadstoffausstoß wird reduziert.
 Wir fragen Sie:
 Welche Möglichkeiten bestehen diesen Zustand durch Anbringung von festen unbeleuchteten „Grünen-Pfeilen“ für Rechtsabbieger an der Kreuzung Leipziger Chaussee / Am Hopfengarten zu veranlassen?

Wir bitten um kurze mündliche und schriftliche Beantwortung.

Die Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.11 Schriftliche Anfrage (F0068/09) des Stadtrates Wähnelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Im Rahmen des 1. PPP-Paketes wird derzeit der Neubau der Grundschule Weitlingstraße einschließlich der Freiflächen fertiggestellt. Vom bisherigen Schulgelände wurde ein nördlicher Teil abgetrennt, der wohl vermarktet werden soll. Die Vermarktungschancen dürften angesichts der Lage jedoch relativ gering sein, mit einer „Übergangszeit“ bis zu einem Verkauf ist zu rechnen.

Deshalb hätten wir gern gewusst:

1. Sind die noch verbliebenen zur Schule gehörenden Freiflächen (Sport- und Pausenflächen) entsprechend den Vorschriften und den Bedürfnissen der Kinder ausreichend dimensioniert?
2. Welche konkreten Vorstellungen bestehen hinsichtlich der Verwendung / Vermarktung des nördlichen Teils?
3. Wäre eine vorübergehende Nutzung dieser Fläche für die Schulkinder nach einer Begrünung mit einfachen Mitteln und ggf. unterstützt durch Initiative der Schule und der

Elternschaft denkbar, um in diesem innerstädtischen Bereich zusätzliche Freiflächen für die Kinder zu schaffen?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper:

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt in seiner Antwort einen kurzen Sachstand zum Ergebnis einer Vor-Ort-Begehung. Dabei sei festgestellt worden, dass die Außenanlagen der Schule völlig ausreichend dimensioniert seien. Zur Schule gehören eine Sportanlage mit Bolzplatz und Laufanlage und ein großer Spielplatz.

Zur Beantwortung der 2. Frage sichert er eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung zu.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

8.12 Schriftliche Anfrage (F0080/09) des Stadtrates Grünert, Fraktion DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bis zum 31.12.2008 durfte der o. g. Parkplatz in Abstimmung mit der Landeshauptstadt Magdeburg als Provisorium durch den Landtag von Sachsen-Anhalt genutzt werden. Eine weitere Nutzung des unbefestigten Parkplatzes über das Jahr 2008 hinaus wurde untersagt. Auf Grund dieser Vertragssituation, wurde das Mietmodell zwischen dem Landtag und der gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft Gartenstadt-Kolonie Reform für das Objekt Bärstraße vereinbart.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Auf welcher Grundlage wurde abweichend vom o. g. Sachverhalt, nämlich der Nutzungsuntersagung ab dem 01.01.2009, die Genehmigung zur weiteren privaten Betreibung eines Parkplatzes erteilt?
2. Wie hoch ist die derzeitig vom Betreiber festgesetzte Tagesparkgebühr und entspricht diese der von der Stadt beschlossenen Parkzone Rot?
3. Führt diese Genehmigung nicht unmittelbar zu betriebswirtschaftlichen Verlusten des Parkhauses Bärstraße oder auch des Parkhauses Friedensplatz?

Ich bitte um mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Finanzen und Vermögen Herrn Zimmermann:

In seiner Antwort stellt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Zimmermann fest, dass diese Liegenschaftsfläche nach Beendigung des Vertrages zwischen Land und Stadt entsprechend vermarktet wurde. Was die rote Zone betrifft, trifft ja eigentlich nur auf den öffentlichen Parkraum zu, sichert er eine schriftliche Antwort zu.

Die ausführliche Beantwortung erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Die Beantwortung zu den vorliegenden Anfragen F0067/09, F0071/09, F0078/09, F0079/09 und F0086/09 erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9. Informationsvorlagen

Die schriftlich vorliegenden Informationen unter TOP 9.1 – 9.13 werden zur Kenntnis genommen.

9.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2008 I0060/09

Der Behindertenbeauftragte Herr Pischner erhält das Rederecht und gibt seine Stellungnahme zum Jahresbericht 2008 anhand einer Präsentation ab. (**Anlage 2**)

9.2. Jahresbericht 2008 des Seniorenbeauftragten der Landeshauptstadt Magdeburg I0083/09

Der Seniorenbeauftragte Herr Schabanoski erhält das Rederecht und gibt seine Stellungnahme zum Jahresbericht 2008 ab. (**Anlage 3**)

Auf Nachfrage des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal, wie der Sachstand zum Tunnel-Modell ist, informiert der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann, dass das Modell derzeit erarbeitet wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

- Anlage 1- gemeinsame Erklärung der Stadträte Ansorge, CDU-Fraktion und Westphal, Fraktion Bü90/Grüne zur Verleihung des Kaiser-Otto-Preises
- Anlage 2- Stellungnahme des Behindertenbeauftragten zum TOP 9.1
- Anlage 3- Stellungnahme des Seniorenbeauftragten zum TOP 9.2

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Balzer, Falko

Bischoff, Norbert

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Czogalla, Olaf

Danicke, Martin

Frömert, Regina

Giefers, Thorsten

Gripinski, Axel

Grünert, Gerald

Heendorf, Michael

Hein, Rosemarie Dr.

Heinemann, Klaus

Heinl, Gerhard

Herbst, Sören Ulrich

Hoffmann, Martin

Huhn, Dagmar

Klein, Carsten

Krause, Bernd

Kriese, Birgit

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Löhr, Rainer

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Mewes, Hans-Joachim

Müller, Oliver

Paqué, Sabine

Reppin, Bernd

Salzborn, Hubert

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schwenke, Wigbert

Seifert, Eberhard

Siedentopf, Uta

Stage, Michael

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Trümper, Lutz Dr.

Veil, Thomas

Wähnelt, Wolfgang

Westphal, Alfred
Wübbenhorst, Beate
Zimmer, Gerd Dr.

Abwesend

Heynemann, Bernd
Hildebrand, Jürgen Dr.
Reichel, Gerhard Dr.
Rink, Johannes
Schindehütte, Gunter
Schmicker, Wolfgang
Schmidt, Kurt Dr.
Schob, Sigrid
Szydzick, Claudia

Geschäftsführung

Ignatuschtschenko, Anne Dr.
Luther, Silke